



Türkische Gemeinde in Deutschland – Obentrautstr. 72 - 10963 Berlin

Obentrautstr. 72
10963 Berlin
☎ 030 – 23 63 51 00
☎ 030 – 21 00 36 32
☎ 030 – 23 63 55 89

<http://www.tgd.de>
info@tgd.de

Referent für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit:
Cihan Sinanoğlu

E-Mail: cihan.sinanoglu@tgd.de

Mobil: 017635720381

Pressemitteilung

27.08.2018

Aufstehen - Chemnitz ist ein Angriff auf uns alle!

Berlin – Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) ist entsetzt über die rassistischen Angriffe und Ausschreitungen in Chemnitz.

Der Vorsitzende der TGD, Atila Karabörklü, erklärt:

„Ein schrecklicher Mord, dessen Hintergründe unklar sind, wird in Chemnitz für rassistische Ausschreitungen instrumentalisiert. Potentielle Opfer müssen geschützt werden, gegebenenfalls auch durch ein Versammlungsverbot für die rechte Mobilisierung in den nächsten Tagen. Ist es schon wieder soweit in diesem Land, dass Rassisten Jagd auf Menschen machen? Was muss eigentlich noch passieren bis wir verstehen, dass Worte allzu schnell zu Taten werden? Es wird Zeit, dass alle Demokrat*innen in diesem Land aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und sich dieser Menschenfeindlichkeit in den Weg stellen.“

Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der TGD, ergänzt:

„Ein Bundestagsabgeordneter der AfD twitterte kurz nach den Ausschreitungen: „Es ist Bürgerpflicht, die todbringende „Messermigration“ zu stoppen“. Hier zeigt die AfD, was sie von unserem Rechtsstaat hält – und zwar gar nichts. Selbstjustiz und Jagd auf Menschen sind keine Bürgerpflicht, sondern schwere Straftaten! Unsere Kanzlerin Frau Merkel und unser Innenminister Herr Seehofer dürfen zu den rassistischen Übergriffen in Chemnitz nicht schweigen!“

Atila Karabörklü erklärt abschließend:

„Ein Teil der Öffentlichkeit spricht und schreibt über „Proteste“ in Chemnitz. Das sind aber keine Proteste, sondern Pogromversuche. Hier werden rassistische Angriffe auf Menschen verharmlost. Die Bilder erinnern an die Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen. Diese Übergriffe haben seit den 90er Jahren eine traurige Kontinuität in unserem Land. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Pogromen in den 90er Jahren und der tatenlosen Staatsgewalt sowie den NSU-Morden und der Staatsgewalt, die Opfer zu Täter*innen gemacht hat. Was wir unbedingt brauchen ist eine starke Solidarität untereinander, und wir müssen gemeinsam für unsere Demokratie eintreten. Denn was in Chemnitz passiert, ist ein Angriff auf uns alle.“